

Württembergischer Landtag.

Landtag und Weingärtner.

h. Die heutige Sitzung hatte zuerst die Abstimmung vorzunehmen über die Ueberweisung des Eisenbahnbaukreidiges — ob Volkswirtschaftlicher Ausschuss (Antrag Paulmann) oder Finanzauausschuss (Antrag Andre). Gegen das Zentrum wurde Ueberweisung an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss beschlossen. Alsdann trat man in die Verhandlung des Antrages Hanser und Genossen ein, der sich mit der Kollage der Weingärtner beschäftigt und bei dem sich eine seltene Einmütigkeit unter den Parteien sowohl, wie bei der Regierung herausstellte. Dabei hatte man Gelegenheit, ein paar Jungfernwörter zu hören von den Abgeordneten Haag-Bradenheim und Schmidt-Besigheim, von denen besonders die Rede Haags einmal zu sehr in die Breite ging und die insofern gefährlich war, als sie die Lage der Weingärtner so darstellte, als ob eine wirkliche Gefundung der Beschäftigung überhaupt und auch in normalen Zeiten kaum möglich sei. In dem — im Landtag und bei der Regierung völlig überflüssigen — Bemühen, den Willen zur Unterstützung der Weingärtner zu stärken, haben sich gerade die Herren rechts, aber auch die sozialdemokratischen Redner zu sehr darin gefallen, schwarz zu malen und damit nur erreicht, daß dem einen und anderen die Frage kam, ob ein so untergrabener Erwerbszweig überhaupt noch wieder leistungsfähig und lebensfähig gemacht werden könne. Wenn der Abgeordnete Vogt sich dagegen wandte, daß Söhne und Töchter aus Weingärtnerfamilien in die Fabriken gehen und darin eine Unterbindung des Nachwuchses für den Weingärtnerhand befürchtet, so mußte demgegenüber gesagt werden, daß gerade ihre Schwermüher die Vertrauen in die Zukunft dieses Standes so erschütterte, daß niemand mehr in ihr sich hineinwagt. In dieser Hinsicht war das, was einstimmig vom Haus beschlossen und von der Regierung zugesagt wurde — eine kräftige finanzielle Beihilfe des Staates in der Beschaffung der Bekämpfungsmittel gegen die Rebschädlinge, das weit wirksamere. Und wenn von den Rednern der Linken — unter der Führung des Abg. Vogt — eine Verneinung der Reberbedürfnisse und ein das Reichsgesetz „wohlwollend“ ausnutzende, größere Verwendung von amerikanischen Reben verlangt wurde, so liegt sicher auch das im dringenden Interesse des württembergischen Weinbaus. Leider aber haben hier die Vertreter der Rechten versagt.

Zu parteipolitischen Eifersüchtelei und Kleinlicher Reibereien benutzte der sozialdemokratische Abgeordnete Jenerstein die Debatte, der es noch immer nicht verwinden kann, daß er durch seine „gemeinwirtschaftlichen“ Bestrebungen mit denen der Weingärtner heissen wollte, einen Keimfall erleben mußte. Im übrigen können die Weingärtner sich sagen, daß ihre Sache gut geführt wurde und daß sowohl bei der Regierung wie bei den Parteien nicht nur das berühmte „warme Herz“ sondern der entscheidende Wille vorhanden ist, zur kräftigen Unterstützung in ihrer Berufsarbeit. Wenn ein Unterschied sein soll, dann höchstens der, daß diese Förderung von Seiten des Staates nicht geleistet werden könnte, wenn Gewerbe und Industrie fehlten und darniederliegen und daß es aber genau die Rechten sind, die für diese Gebiete der Volkswirtschaft wenig Verständnis zeigen.

Zweite Kammer.

Sitzung vom 24. Januar.

Präsident v. Kraut eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 15. Am Regierungstisch: v. Fleischhauer und v. Gessler. Eingelaufen ist ein Antrag Vogt u. Gen. (Bk.) betr. Abänderung der Weinzollordnung und Beseitigung der Vorzugsstellung der ausländischen Weine beim Umgeld. Es wird zunächst die Abstimmung über die Anträge der Abg. Andre (B.) und Paulmann (Bp.) betr. die geschäftliche Behandlung des Eisenbahnbaugesetzes vorgenommen. Die gesamte Linke stimmt gegen den Antrag Andre, der damit abgelehnt wird. Somit wird der Gesetzentwurf dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen, mit Ausnahme des Artikels 8, der dem Finanzauausschuss überwiesen wird.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist die Anfrage Hanser u. Gen. (B.) betr.

Kollage der württ. Weingärtner.

Dieser lautet: Sind die Herren Staatsminister des Innern und der Finanzen bereit, Auskunft zu geben über den Umfang der Kollage des württembergischen Weingärtnerhandes, die durch den schlechten Ausfall der letztjährigen Weinernte herbeigeführt wurde? Welche Schritte hat die Regierung zur Beseitigung dieses Notstandes bereits ergriffen und welche gedenkt sie noch zu ergreifen? Abg. Hanser begründet die Anfrage. Sie habe ihren Grund in der schlechten Ernte. Der Redner illustriert sodann die Kollage der Weingärtner, die etwas behoben werden könnte, wenn von Seiten der Regierung Kollagearbeiten in größerem Umfange gegeben werden. Weiter sollten Staatsbeiträge zur Bekämpfung der Rebschädlinge gewährt werden. Erreicht sei, daß zu diesem Zweck eine, wenn auch ungenügende Summe in den Etat eingestellt sei. Unbedingt nötig sei, daß die Katastrophenschaden ganz bedeutend herabgesetzt werde. Bei besonders großer Kollage sollten die Weingärtner aus dem Centralnotstandesverein unterstellt werden. Der Redner bittet die Regierung zum Schluß um möglichst kräftige Unterstützung der Weingärtner.

Minister des Innern v. Fleischhauer stellt den schlechten Ertrag des vergangenen Jahres fest. Der Gesamttrag im Jahre 1912 betrug sich auf 111 383 Hektoliter auf 14 800 Hektar, was einen Durchschnitt von 7,5 Hektoliter pro Hektar bedeutet. Der Durchschnittsertrag der Jahre 1902—11 belief sich auf 243 393 Hektoliter, so daß der diesjährige Durchschnitt weniger als die Hälfte des Durchschnitts der vergangenen Jahre beträgt. Um eine Kollage kann es sich aber nur bei solchen Gemeinden handeln, die ausschließlich auf den Weinbau angewiesen sind. Die vorliegenden Anträge werden in wohlwollender Weise in Erwägung gezogen werden. Steuerermäßigung werde, wo die Voraussetzungen zuträfen, gewährt werden, ebenso Beihilfe zur Bekämpfung der Rebschädlinge. Er hatte sich berechtigt, zu diesem Zweck den Etat zu überschreiten. Die Regierung werde sich nicht widersetzen, wenn das Haus bereit sei, weitere Mittel zur Verfügung zu stellen.

Abg. Vogt (Bp.) stimmt den Ausführungen des Abg. Hanser zu und erklärt, daß besonders die Weingärtner des Bezirks Heilbronn hart getroffen worden. Er vertritt sich

eingehend über die Ertragsfälle der letzten Jahre und kommt zu dem Schluß, daß die Rentabilität des Weinbaus überaus gering ist. Zur Entlastung gebe es verschiedene Mittel, die schon von dem Abg. Hanser erwähnt worden seien. Vor allem müßte dann auch noch bei der Fälschung der Einkommensteuer darauf Rücksicht genommen werden, daß auf ein gutes Jahr immer ein schlechtes folgt. Die Ausbreitung der Reblaus sei in Württemberg durch die außerordentlich lokale Anwendung des Reichsgesetzes ermöglicht. Die Gemeinden werden bei ihrer Bekämpfung sowie bei der Bereidung der Weinorten gerne mithelfen. (Bravo links.)

Abg. Schmidt-Besigheim (Bk.) betont, daß die Weingärtner an die Scholle gebunden sind und daher besonders unterstützt werden müssen. Seine Freunde seien gern bereit, einem Nachtragsetat zuzustimmen.

Abg. Haag (Bk.) verbreitet sich ebenfalls über die Kollage der Weingärtner und wünscht, daß solchen Gemeinden, die sich die Reblausbekämpfung besonders angelegen sein lassen, wie z. B. Heilbronn, größere Beiträge zu Prozentsatz zur Verfügung gestellt werden.

Es geht ein mit dem Abg. Hanser an der Spitze, von Mitgliedern aller Parteien unterzeichneter Antrag ein, der durch einen Nachtragsetat die Mittel zur Linderung der Kollage der Weingärtner fordert. Insbesondere durch die Gewährung von Beiträgen an die Gemeinden und Vereine zur Bekämpfung der Rebschädlinge. Um über den Antrag abstimmen zu können, ist nach der Geschäftsordnung die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit des Hauses nötig, die vorhanden ist.

Abg. Hornung (Z.) wünscht größere Mittel zur Bekämpfung des Sauerwurms und schnellerer Bereidung der Reben.

Finanzminister v. Gessler spricht seine Genugthuung darüber aus, daß das Verlangen nach Notstandsarbeiten zurückgekehrt ist und die Gewährung von Mitteln zur Reblausbekämpfung in den Vordergrund gestellt wird. Auch er erklärt, daß die Regierung bereit ist, diese Mittel zur Verfügung zu stellen. Auf einen Grundsteuernachlass legt er keinen Wert. Eine Weineinklagsteuer ist von der Regierung nicht beabsichtigt. Auch ihm liege die Kollage der Weingärtner am Herzen und er begrüße die Maßregeln zur Steuerung derselben, wenn auch eine endgültige Abhilfe wohl kaum erreicht werden könne.

Abg. Vöhrner (Bp.) betont die Notwendigkeit der Steuerhilfe. Die Hagelversicherung gewähre nicht, was man vor ihr erwarte, hier müßte Abhilfe geschaffen werden. Die Schaffung von weiteren Weinbauversuchsanstalten hält er für dringend nötig, ebenso eine Ermäßigung der Branntweinsteuer.

In der weiteren Debatte sprechen die Abg. Vogt-Weinberg (Bk.) und Hanser (Z.) für den eingebrachten Antrag.

Minister v. Fleischhauer konstatiert die erfreuliche Uebereinstimmung des Hauses in der Frage und betont, daß ein Gegensatz zwischen ihm und seinem Vorgänger darin nicht bestehe. Dem Wunsch nach vermehrter Abgabe veredelter Reben werde seitens der Regierung gerne entsprochen. Der Hauptnachdruck sei mit Recht auf die Maßregeln zur Bekämpfung der Reblaus gelegt worden.

Abg. Jenerstein (Z.) weist dem Zentrum und den Konservativen eine Aenderung ihrer Haltung in Bezug auf die Notstandsarbeiten im Gegensatz zu ihrer Haltung vor zwei Jahren nach, wo dieselben noch gegen die Untergünstigkeit dieser Vorleser sich aussprachen.

Abg. Vogt (Bp.) spricht sich energisch für die Errichtung weiterer Versuchsanstalten und für eine Abänderung des Reblausgesetzes aus. Die weitere Debatte, an der sich die Abg. Dr. Wolff (Bk.), Jenerstein und Hanser beteiligen, bringt keine neuen Gesichtspunkte. Hierauf wird über den Antrag Hanser abgestimmt und derselbe einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung 12 Uhr. Nächste Sitzung Samstag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: 1. Beratung des Entwurfs des 8. Nachtragsetats zum Finanzgesetz. 2. Anfrage Jenerstein (Z.) u. Gen. betr. Redaktionsanfrage.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 24. Januar 1913.

Am Bundesratsische: Die Staatssekretäre Dr. Delbrück und Kühn.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung standen zunächst Anfragen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Vorführ. Bpt.) fragte: Ist die öffentlich angefertigte Behauptung richtig, daß in der letzten Zeit die Werbetätigkeit der französischen Fremdenlegation eine besonders intensive war, und daß vor allem die Anwerbung minderjähriger deutscher Staatsangehöriger, sogar ansehnlich teilweise auf deutschem Boden, zunahm? Bejahendfalls: Was gedenken die verbündeten Regierungen zu tun, um diesem Unwesen Einhalt zu tun?

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Vernald: Die in der Presse verbreiteten Nachrichten über eine angeblich erhöhte Werbetätigkeit der französischen Fremdenlegation sind der Reichsregierung nicht entgangen. Über jeden Fall sind genaue Ermittlungen veranlaßt worden. Es hat sich aber kein Anhaltspunkt ergeben, daß diese Tätigkeit in letzter Zeit eine erhöhte gewesen ist. Auch ist nicht ermittelt worden, daß sie sich auf die Anwerbung minderjähriger deutscher Staatsangehöriger erstreckt. Auch hat sich bisher in keinem Falle ergeben lassen, daß diese Werbetätigkeit auf deutschem Boden ausgeübt worden ist. Die Behörden werden die Angelegenheit im Auge behalten und erforderlichenfalls mit größtem Nachdruck einschreiten.

Abg. Ledebour (Soz.) frage an: Ist der Herr Reichslantler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob und inwieweit die Konsularberichte aus den Balkanländern die von verschiedenen europäischen Zeitungen wiederholt vorgebrachten Behauptungen bestätigen, daß die Truppen der verbündeten Balkanstaaten sich Grausamkeiten gegen die türkische, albanische und libische Bevölkerung haben zu Schulden kommen lassen, die angeblich stellenweise sogar den Charakter einer systematischen Ausrottung seiner Bevölkerungsteile angenommen haben?

Gedankt der Herr Reichslantler: Die Entsendung einer Kommission seitens der Großmächte zur Untersuchung seiner Vorgänge und der durch sie herbeigeführten Zustände anzunehmen?

Gedankt der Herr Reichslantler: Die Entsendung einer Kommission seitens der Großmächte zur Untersuchung seiner Vorgänge und der durch sie herbeigeführten Zustände anzunehmen? Gedankt der Herr Reichslantler: Die Entsendung einer Kommission seitens der Großmächte zur Untersuchung seiner Vorgänge und der durch sie herbeigeführten Zustände anzunehmen?

Ein Vertreter des Reichskolonialamts: Über diese Frage hat sich der Reichskolonialamts bereits mehrfach geäußert, daß der Abschluß derartiger Verträge in die Befugnisse der Regierung falle, und daß es insofern unzulässig sei, heranzuziehen in parlamentarischer Weise. Dagegen sei in die Regierung da. Das ist noch heute der Standpunkt

der Verwaltung. In einem neuen Vertrag hat sie noch keine Zustimmung erteilt. Der Ausschuss der Rechte wird sich demnächst über die Bedingungen eines allgemeinen Wettbewerbes in Diamanten schlüssig zu machen haben. Bei den Vorarbeiten ist auch das heimische Schmelzgewerbe befragt worden.

Auf Antrag des Abg. Dr. Spahn (Bpt.) werden noch nachträglich einige Titel des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung an die Budgetkommission verwiesen.

Das Haus legt darauf die Spezialberatung des Etats für das Reichsamt des Innern bei den Ausgaben für die Reichskommissariate und zwar „Reichsschulkommission“ fort, wozu der Antrag der Sozialdemokraten auf Schaffung eines Reichsschul- und Bildungsamts vorlag.

Abg. Schulz-Erdurt (Soz.): Die ausführliche und gründliche Erörterung, die sich an unseren Antrag geknüpft hat, kann und nur mit Genugthuung erfüllen. Wir haben uns mit unserem Antrag auf den Boden der Gegenwart stellen müssen. Dem Privilegium des Einjährigendienstes stehen wir natürlich grundsätzlich ablehnend gegenüber. Entweder haben alle Wehrfähigen 2 oder alle 1 Jahr zu dienen.

Abg. Weerle (Bpt.): Unzweifelhaft wird mit der Fortdauer nach einem Reichsschulamt auf ein Reichsschulgesetz hingestrebt. Wir sind allen Bestrebungen, das Einjährig-Justitut, das sich auf bewährt hat, zu beseitigen, entschieden Widerstand entgegenzusetzen. Wir wollen die Staatsordnung wahren und festigen und den Schulen den kräftigen und nationalen Charakter erhalten.

Abg. Hoff (Vorführ. Bpt.): Solange das Einjährig-Justitut besteht, muß man verlangen, daß die verschiedenen Berufsstände gerecht behandelt werden. Den Volksschulamt kandidaten müßte die Berechtigung schon früher als nach Empfang des Reifezeugnisses gegeben werden. In der letzten Zeit sind die Anforderungen an die Vorbildung der Volksschullehrer erheblich erhöht worden. Dazu kommt, daß die Schüler der neunklassigen Mittelschule die Berechtigung erhalten haben, schon vom 17. Lebensjahre ab die Einjährig-Freiwilligenprüfung abzulegen. Tritt nun ein Mittelschüler in eine Präparandenanstalt ein, so muß er noch fünf Jahre warten, bis er dasselbe Recht hat. Das ist eine Ungerechtigkeit. Nur für die Lehrer muß man eine Ausnahme. Das ist eine billige Bitte, und wir müssen dagegen Protest einlegen. Die Wünsche des Deutschen Lehrervereins sollten berücksichtigt werden. (Beifall links.)

Die sozialdemokratische Resolution wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einzelner Freisinniger abgelehnt.

Die Ausgaben für die übrigen Reichskommissariate, für das Bundesamt, für das Deimatwesen und für das Schiffvermessungsamt wurden ohne Debatte bewilligt.

Zu den darunter den Ausgaben für die Ausführung des Kaligesezes, legt folgende Resolution der Budgetkommission vor: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, für den Fall der Vorlegung einer Novelle zu dem Gesetz über die Abnahme von Kalifalz eine Bestimmung vorzusehen, durch die dem neuen Gesetz eine rückwirkende Kraft für diejenigen Kalifalze beigelegt wird, die nach dem 15. Januar 1913 in irgend einer Form in Angriff genommen sind.“

Nachdem schlägt die Kommission vor, den Fonds zur Anstellung praktischer Verläufe für wissenschaftliche Arbeiten und Beratungen zur Dehung des Kalifalzes im Auslande von 2 000 000 Mark auf 3 100 000 Mark zu erhöhen, ferner, den Posten von 100 000 Mark Vergütungen an von der Verteilungskasse für die Kalifalze zu bestellende Kontrolleure und Probenehmer zu streichen und den Beitrag zu den Kosten der Untersuchungen von Empfängerproben um 500 000 Mark auf 100 000 Mark zu erniedrigen.

Abg. Behrens (Vorführ. Bpt.) und Genossen beantragten, den Fonds für praktische Verläufe usw. im Auslande von 2 000 000 Mark auf 1 800 000 Mark zu erhöhen und davon statt 900 000 Mark 1 000 000 Mark an landwirtschaftliche Korporationen, Genossenschaften und Verbände abzugeben.

Abg. Graf v. Scharf (Deutschkons.) referierte über die eingehenden Verhandlungen der Budgetkommission. In der Kommission sei auf die Gefahr aufmerksam gemacht worden, die darin bestehe, daß infolge der Antändigung einer Novelle zum Kaligesez eine große Zahl neuer Verle in das Leben gerufen sei.

Abg. Scharf (Soz.): Die uns vorgelegte Denkschrift ist völlig unzulänglich. Die Tarifverträge und sonstige wichtige Dinge werden gar nicht erwähnt, und zwar auf Wunsch der Vergherren. Wir verlangen für alle Verle einen zweiten Schacht, damit Kaffeemüllfälle möglichst vorgebeugt wird. Die Arbeitszeit muß bei der Höhe der Temperatur eingeschränkt und es muß bei Maximalarbeitstagen von acht Stunden eingespart werden. Die Regierung würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie die Möglichkeit der Vermeidung des Steinsalzes zu heigern suchte.

Unterstaatssekretär Dr. Richter: Die Kalifalze hat sich unter dem neuen Kaligesez insofern sehr wesentlich entwickelt, als die Abspaltung sehr stark war. Nun hat sich allerdings seit dem Erlaß des Kaligesezes auch die Zahl der Kalifalze erheblich vermehrt. Ich kann dem Vorredner nur beistimmen, daß diese Entwicklung zu den äußersten Bedenken Veranlassung gibt. Wenn man nach den Gründen fragt, die das überhäufte Neuschaffen von Kalifalzen hervorgerufen haben, so wird man auch darin dem Vorredner beistimmen müssen, daß der Bestattung des Gesetzes die Hauptschuld beizumessen ist. Es fragt sich nun, wie soll geholfen werden? Ich will auch von diesem Platz aus meine persönliche Ansicht nicht zurückhalten, daß mir der Gedanke eines Kalimonopols, einer Verstaatlichung an und für sich sehr sympathisch ist. Wenn nun einmal diese reichen Naturkräfte Deutschlands in den Schach gelegt sind, so ist es an und für sich ein ganz wichtiger Gedanke, diese Naturkräfte für die Allgemeinheit zu reservieren; sie sind da besser aufgehoben als in den Händen der Privatindustrie. (Lebhafte Zustimmung.) Aber dieser Gedanke hätte schon vor sehr langer Zeit in Angriff genommen werden müssen. Derzeitige wird eine Monopolisierung der Kalifalze sehr schwer durchzuführen sein. Nach einem Bericht über den Erwerb der Kalifalze wird es sich nur ungefähr 1—1 1/2 Milliarden handeln. Man braucht aber davor nicht zurückzusprechen, wenn nicht überall die schwerer Verhältnisse, daß Erlaß für unser Volk gefunden würde. Wenn irgendwoanders Kalifalze gefunden wird, so wäre das ganze Geld vollständig nutzlos verwendet. Darum ist dem Gedanken eines Kalimonopols nicht nachzugehen. Ein Fehler des Gesetzes besteht insofern, als die Erlangung einer zweiten Quote von dem Niederbringen eines zweiten Schachtes abhängig gemacht wird. Eine bedenkliche Bestimmung im Gesetz ist die Vorschrift, daß die Quoten übertragbar sind. Jede neue Quotenbestimmung auf einen neu niedergebrachten Schacht kann sofort übertragen werden. Alle diese Bedenken und die ganze Entwicklung der Kalifalze sind in einer Denkschrift niedergelegt, die im Reichsamt des Innern bereits ausgearbeitet ist. Darüber, wie dieser Gesetzentwurf beschaffen sein soll, vermag ich zu meinem Bedauern eine Auskunft heute nicht zu geben. Wir werden uns darüber mit Preußen und den übrigen Bundesstaaten in Verbindung setzen. Ich möchte aber ausdrücklich betonen, daß die von der Presse gebrauchten Behauptungen zum großen Teil irrig sind. Die Arbeitszeit in den Kalifalzebergwerken bei hoher Temperatur kann etwas größer sein als in den Kohlenbergwerken, da die Luft trockener und besser zu ertragen ist. Auch ich begreife nicht, warum die Vergherren nicht die Tarifverträge, die doch jedem Arbeiter zugestimmt sind, angehen haben. (Beifall links.) Die Angabe von Durchschnittswerten dürfte praktisch von geringem Werte sein. Was die Quotenübertragung anlangt, so ist eine Resolution gefaßt worden, wonach alle Quotenübertragungen sofort angepaßt werden sollen. Ich kann mitteilen, daß derartige Vorschriften dem Bundes-



rot vorliegen, und ich kann versichern, daß diese Beschlüsse so abgefaßt sind, daß sie allen Wünschen Rechnung tragen.

Hg. Sped. (Str.): Die guten Zwecke des Gesetzes sind nur in bescheidenem Maße verwirklicht worden. Ein neues Gesetz muß notwendig kommen. Beim Zoll wäre ein Monopol mehr zu recht fertigen als beim Petroleum. Den Kommissionen beschließen können: 1. a. (Beifall im Zentrum.)

Hg. Dr. Wiewel (Kall.): Der Reservefonds der Propaganda gelde muß auch zu anderen Zwecken dienlich gemacht werden können; das wird von allen Parteien zugegeben. Die Summe für die Inlandpropaganda ist unseres Erachtens hoch genug; infolgedessen vermögen wir der Resolution Gehrens nicht beizutreten. Der Reichstag muß darauf sehen, daß die Propaganda auch auf weitere Deltar hinaus Wirksamkeit behält und der Kollaps auch für die Zukunft sichergestellt wird. Wir wünschen, daß die Denkschrift und das neue Gesetz möglichst bald vorgelegt werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Hg. Krauß (Kon.): Der Reservefonds der Propaganda gelde wird demnächst eine Höhe von sieben Millionen Mark erreichen. Wir bedauern die Überproduktion an Kall, weil große Kapitalien dort wirtschaftlich festgelegt sind. Das Kall ist und bleibt aber ein sehr wesentliches Mittel zur Hebung der Bodenkultur.

Unterstaatssekretär Dr. Richter: Jedemfalls werden die zum Ausdruck gebrachten Wünsche der Ausarbeitung des Gesetzeswerkes vom Reichstag des Innern möglichst berücksichtigt werden.

Hg. Götting (Fortf. Sp.): Die Schäden, die bis jetzt aus dem Kollaps entstanden sind, haben wir vorausgesehen und davor gewarnt. Durch die Änderungen, die in dem neuen Gesetz vorgelesen sind, läßt sich die Krise nicht mehr aufhalten. Schuld an den Schäden haben alle diejenigen, die unsere damaligen Anträge auf Verstaatlichung der Kall-Industrie abgelehnt haben. Der Kommissionsbericht haben wir zugestimmt.

Hg. Behrens (Wirtsch. Bg.): Die Vermehrung des Propagandafonds für das Inland ist nötig. Denn auch in Deutschland ist sehr viel Propaganda und Aufklärung notwendig. Dabei ist zu verlangen, daß der Reichstag die Kontrolle über die Verwendung der Propagandagelder behält.

Abendigung vom 23. Januar 1912.
Vizepräsident Dr. Pasche eröffnete die Sitzung um 8 Uhr 2 Minuten.

Am Bundesrat: Dr. Delbrück.
Das Haus ist sehr schwach besetzt.
Die Debatte zum Etat des Innern wurde beim Titel Reichssanktionsmission fortgesetzt.

Hg. Jurek (Apt.): Der sozialdemokratische Redner hat sich zwar in der Begründung der Resolution einer anerkanntwertigen Wägung befleißigt, wir können aber seinem Vorschlage nicht zustimmen. Seine Partei verfolgt mit ihrer Resolution offenbar parteipolitische Ziele.

Hg. Wedder (Str.): Ich beantrage Verlangung und bezweifle zugleich die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Vizepräsident Dr. Pasche: Ich muß diesen Zweifel teilen und kann nur lebhaft bedauern, daß die Verhandlung nicht fortgesetzt werden kann. Ich veräume die nächste Sitzung an auf Freitag 1 Uhr pünktlich mit der Tagesordnung: Kleine Anfragen und Vorlesung der heutigen Beratung.
Schluß 8 Uhr 14 Minuten.

Deutsches Reich.

„Wenus nur einmal lösginge!“

Ich nach, einem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ Generalsekretär Frhr. von der Goltz in einer Ansprache gesagt haben, die er sichtlich auf dem Reichskommers des Vereins Deutscher Studenten zu Berlin gehalten. Da der angebliche Ausspruch in der Öffentlichkeit Ansehen erregt hat (auch im preussischen Landtag wurde davon gesprochen), sieht sich Frhr. von der Goltz veranlaßt, seine Rede im Wortlaut zu veröffentlichen. Der Teil der Ansprache, in dem jene beanstandete kriegerische Wendung enthalten sein sollte, lautet danach:

„Es wird bei unseren Truppen fleißig gearbeitet, und das ist und bleibt die Hauptsache. Die idealsten Gedanken nützen dem Heerführer nichts, wenn das Werkzeug nicht tüchtig ist, mit dem sie in die Tat umgesetzt werden sollen. Wir glauben aber darum nicht, Vollkommenheit erreicht zu haben, sondern sind uns wohl bewußt, daß wir nach Höherem immer streben müssen. Wir hoffen vor allem, daß auch einmal der Tag kommt, wo es möglich sein wird, alle wehrfähigen Männer für den Wehrdienst auszubilden. Es ist aber auch notwendig, daß Volksscharakter und Kriegsbildung der Armee sich gegenseitig tragen. Nicht die Armee allein, sondern auch das ganze Volk muß bereit sein, wenn die Stunde der Entscheidung kommt. Da mag sich allerdings mancher unter den Anwesenden sagen, daß dies alles noch nicht gleich notwendig ist, sondern einem künftigen Geschlechte vorbehalten ist. Und das ist der große Fehler. Wir müssen uns sagen, daß an uns selbst in jedem Augenblick, vielleicht schon morgen, die große Frage herantritt, ob wir wirklich innerlich bereit sind, für das Vaterland einzustehen und die Leiden, Opfer, Sorgen, Schmerzen und Gefahren mit Festigkeit zu ertragen, welche die Verteidigung des Vaterlandes von uns fordern kann.“

Der Bericht der „Deutschen Tageszeitung“, der zu dem vielsachen Bekannten über die Rede den Anlaß gab, ist danach sehr ungenau und unzuverlässig gewesen.

Neue Militärlasten stehen in Aussicht: Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Ein Berliner Blatt will erfahren haben, daß seit längerer Zeit zwischen den maßgebenden Stellen der Reichsregierung um eine neue Militärvorlage erbitterte Kämpfe geführt würden. Es handelt sich hier um aufgeregte Streitigkeiten, mit denen der Sache, die in Frage steht, schlichtest gebietet ist. Die maßgebenden Stellen sind längst einig darin, daß eine Reihe von Bedürfnissen unseres Heeres befriedigt werden muß. Es ist beabsichtigt, dem Reichstage im Laufe dieser Tagung eine Vorlage zuzugehen zu lassen. Die Vorarbeiten dazu nehmen ihren regelmäßigen Fortgang. Vor ihrem Abschluß können natürlich keine Angaben über ihren Inhalt gemacht werden.

Dem Reichstag ist folgende Anfrage des Abgeordneten Passermann zugegangen: In dem Reichsanzeiger die Vergevaltigung des deutschen Ansiedlers Stössel in Marokko durch französische Truppen bekannt und welche Schritte sind zur Wahrung der Interessen des Geschädigten und zu seinem Schutz geschieden. Die 13. Kommission des Reichstags (Verfahren gegen Jugendliche) nahm einen Antrag Kerschenspeiner, Vorschriften über die bedingte Begnadigung in die Vorlage aufzunehmen, ebenfalls

einen fortschrittlichen Antrag, die Rehabilitation einzuführen, an.

Schwarze Buschfliege. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Es gelang am 27. November einer Patrouille der 7. (Kamelreiter-)Kompanie der südafrikanischen Schutztruppe unter Führung des Hauptmanns Mansfeld, die Buschfliege, von denen am 26. September der Reiter Müller von der 9. Kompanie in den Dünen bei Sunirob ermordet worden war, aufzufinden. Bei der Verfolgung wurde die Patrouille zweimal im Busch beschossen, ohne Verluste zu erleiden. Bei dem zweiten Zusammenstoß am 29. November ist der Mörder des Gefreiten Müller gefallen. Die übrigen Mitglieder der an dem Mord beteiligten Bande sind gefangen genommen worden.

Ausland.

Brüder Vertrauensvotum.

Das neue französische Kabinett hat sich am Freitag den Kammern vorgestellt. In der ministeriellen Erklärung, die zur Vorlesung kam, ist gesagt, das neue Kabinett werde die allgemeine Politik des vorausgegangenen fortsetzen, das eine so allgemeine Zustimmung im Parlament und im Lande gefunden hat. Es wird auf dem Gebiete der inneren Politik die Verständigung aller Republikaner und auf dem der nationalen Interessen eine enge und solidarische Vereinigung aller Franzosen anstreben. Die Regierung wird die Wahlrecht ohne Verzug durch das Zusammenwirken aller Republikaner auf der Basis einer angemessenen Vertretung der Minoritäten zu Ende führen. Ministerpräsident Briand begründete das Programm seines Ministeriums unter dem Beifall der Republikaner. Die einfache Tagesordnung, welche der neuen Regierung das Vertrauen ausdrückt, wurde angenommen. Während der Abstimmung über die Tagesordnung erlitt Briand einen Ohnmachtsanfall. Unter der Behandlung mehrerer Krätze, die sich unter den Deputierten befanden, erholte er sich schnell von der Ohnmacht.

London, 25. Jan. Das Unterhaus hat die Wahlrechtsbill mit der Besprechung des Frauenwahlrechts begonnen. In den Reden kamen keine Parteunterschiede zum Ausdruck. Bemerkenswert war nur die Rede des Kolonialministers Harcourt, der die Haltung seiner Kollegen Grey und Lloyd George, die Anhänger des Frauenwahlrechts sind, lebhaft kritisierte.

Württemberg.

Diebstahlsnachrichten.

Der König hat eine Kalkulatorstelle bei dem Statistischen Landesamt dem Finanzsekretär Leyer bei dem Hauptsteueramt Stuttgart übertragen.

Stuttgart, 24. Jan. Dem Lokomotivführer Adolf Koch in Stuttgart ist von der Götting Generaldirektion der badischen Staatsbahnen in Karlsruhe in Anerkennung seines entschlossenen Handelns bei Abwendung einer Betriebsgefahr eines von ihm auf badischer Strecke gefahrenen Schnellzugs eine außerordentliche Belohnung bewilligt worden.

Stuttgart, 24. Jan. Dem am 19. August 1912 im hohen Alter von 88 Jahren verstorbenen Pfarrer a. D. Theodor Traub ist nun nach kurzer Zeit auch die treue Lebensgefährtin Emilie Traub geb. Sommer im ehrwürdigen Alter von 84 Jahren in den Tod gefolgt. Die beiden Söhne, die in so rascher Aufeinanderfolge Vater und Mutter verloren haben, sind Stadtpfarrer Th. Traub hier und sic. theol. G. Traub in Dortmund.

Göppingen, 24. Jan. Von den Handlungsgehilfenverbänden wird hier schon seit langem der Sonntagsladeschluss angestrebt, ohne daß ihre dahingehenden Vorstellungen bisher Erfolg hatten. Sehr überraschend kommt daher der Entschluß einer großen Anzahl von Gehilfenvereinen, den Sonntagsladeschluss einzuführen, wozu sie sich unter schriftlich verpflichtet haben. Sie begründen ihr Vorgehen mit der sehr plausiblen Begründung, daß sie ebenso wie die Angestellten nach angeregter Wochenarbeit das Bedürfnis nach einem freien Sonntag haben und appellieren an die Einsicht des laufenden Publikums, daß es seine Einkaufszeit entsprechend regulieren möge.

Nah und Fern.

Ein Spielverbot.

Der Stuttgarter Polizei wurde denunziert, daß in einem Cafe „verbotenerweise“ sehr hoch gespielt werde. Die Polizei erschien daraufhin ganz unerwartet 7 Mann stark mit Orangemanteln, verhaftete die ganze Gesellschaft, ca. 15 Mann hoch, und fuhr diese zur Hauptwache. Einige wurden nach genügender Ausweis wieder entlassen, andere „sitz“ noch und sehen einem umfangreichen Spielprozess entgegen. Auch der Wirt hat Strafe wegen Föhlung verbotener Spiele zu erwarten.

Im Wahn.

Ein offenbar geistesgestörter 30 Jahre alter unbekannter Mann versuchte sich in Stuttgart vor dem Katharinenhospital unter die Räder eines herannahenden Straßenbahnwagens zu werfen. Der Fahrer des Wagens hatte die Gefährdung sofort zu bemerken, sobald der Selbstmordversuch mißlang. Vorübergehende eilten herbei und zogen den Unglücklichen, nachdem der Wagen zurückgefahren war, von den Schienen weg, wobei er aber heftig um sich schlug und auch einen der hilfsbereiten Passanten bis. Er wurde sofort ins Katharinenhospital gebracht.

Gerichtssaal.

Ein zweites Todesurteil

hat das Schwurgericht in Ravensburg fällen müssen. Es hat den 39 Jahre alten Maschinenstricker und früheren Stollschweizer Michael Hoyer aus Böttingen, bayerischen Bezirksamts Sonthofen, zuletzt in Weingarten wohnhaft, der ein oft und schwer vorbestrafter Verbrecher ist, zum Tode verurteilt, weil er die Frau Wagnermeister Theresie Kottenhäuser in Oberjungen, Oberamt Ravensburg, am 1. Dezember vergangenen Jahres durch

mehrere Stiche in den Hals ermordet hat. Die Verhandlung nahm zwei Tage in Anspruch. — Der vor wenigen Tagen gleichfalls zum Tode verurteilte Mittel hat auf eine Revision verzichtet und bereits Abschiedsbriefe an seine Angehörigen geschrieben. In Ravensburg sind in den letzten zwanzig Jahren zwei Hinrichtungen vollzogen worden. Im Jahre 1895 wurde der Mörder Dietrich Eisele und 1902 der Mörder Zacharias Wielath hingerichtet.

Die freigesprochene Gattenmörderin.

Es überrascht in Paris niemanden, daß Frau Lambert, die ihren Gatten, den in früheren Jahren wohlbelannten Motorradrennfahrer, ermordete, von dem Geschworenengericht in Versailles freigesprochen worden ist. Der „Matin“ setzt vor seinen Prozessartikel in großen Buchstaben die im Prozess gefallenen Worte des Advokaten Journier: „Wenn Sie Ihren Mann ermordet hätten, so könnten wir Ihnen keinen Vorwurf machen“, und will damit andeuten, daß diese Worte wohl noch vielen Mörderinnen zur Freiheit verhelfen werden. In dem Prozess wurde betont, daß Herr Lambert eine Matresse gehabt hatte, bei der er sich von den schlechten Tönen seiner Frau zu erholen pflegte. Aber Frau Lambert erklärte auf die Frage des Präsidenten ausdrücklich, daß sie den Mord nicht aus Eifersucht begangen habe. Die Mordtat ist so verstanden: Herr Lambert war in seine Villa in St. Germain gekommen, um einige Koststücke wegtransportieren zu lassen. Frau Lambert wurde in ihrer Wohnung in Paris telefonisch davon benachrichtigt. Sie steckte einen Revolver zu sich und eilte im Automobil nach St. Germain. Als die beiden Gatten sich im Salon der Villa begegneten, gab es einen Wortwechsel. Darauf ging Herr Lambert zum Kleiderkasten und wollte seinen Paletot holen. In diesem Augenblick streckte ihn die Frau mit drei Schüssen nieder. Vor Gericht sagte sie aus, sie habe befürchtet, er wollte aus seinem Paletot einen Revolver holen. Und auf alle Fragen nach dem Motiv der Tat antwortete sie immer kumpffüßig: „Weil er sich einen Revolver aus meinem Paletot holen wollte“. Daraufhin wurde sie freigesprochen. Der Prozess interessierte die Pariser Gesellschaft sehr, denn Herr Lambert verkehrte in den besten Kreisen.

Stuttgart, 23. Jan. Die Dirne Lisa Rödel saß in einem hiesigen Cafe einem Schneider, mit dem sie vorher in anderen Wirtschaften gezecht hatte, den Geldbeutel mit 7 Mark. Ein Schuhmann nahm sie sofort fest, wobei sie heftigen Widerstand leistete. Auf dem Weg zur Polizeiwache in der Erhardtstraße schrie sie „Emil komm“, worauf drei Mannspersonen herbeieilten, den Schuhmann zu Boden warfen und mißhandelten. Diese sind kürzlich vom Schöffengericht wegen Widerstands und Gefangenenerleichterung abgeurteilt worden und zwar erhielt der Emil 5 Monate, die übrigen zwei je 2 1/2 Monate Gefängnis. Wegen des im Rückfall verübten Diebstahls stand die Rödel vor der Strafkammer, die sie zu 4 Monaten Gefängnis verurteilte.

Kottweil, 21. Jan. Des versuchten Raubmords angeklagt, sah gestern der in Hansen a. Tann beheimatete zuletzt in Oberheim bedienstete 19jährige arbeitsscheue Dienstknecht Eugen Schreyäg von Balingen vor dem Anklagebank vor dem Schwurgericht. Am 16. Dez. vorigen Jahres war der Guttedel aus seiner letzten Stelle entlassen worden. Unterwegs nach seinem Heimatort entschloß er sich, da seine Barschaft zur Reize ging, den nächsten Bahn, der ihm in den Weg komme, zu überfallen, zu töten und zu berauben. Er lud seinen sechsfüßigen Revolver mit scharfen Patronen, begab sich nach der Straße Balingen-Thieringen und legte sich hinter einer auf der erhöhten Böschung stehenden Lanne auf die Lauer. Auf beiden Seiten der Landstraße rechts und links von seinem Standort lag ein Bierfuhrwerk der Balingen Engelbrauerei und ein Frachtfuhrwerk des Fuhrmanns Karl Maute von Thieringen. Die Gefährten kreuzten in nächster Nähe des Straßbühls. Zuerst ummielte Schreyäg, als das Bierfuhrwerk vorbei war, nach dem Kopf des darauf stehenden Bierführer Weg und gab von hinten zwei scharfe Schüsse nach ihm ab, die aber ihr Ziel verfehlten. Nun wandte er sich und eilte dem anderen Fuhrwerk nach, dessen Lenker zu Fuß ging. Als auch hier zwei von hinten abgegebene Schüsse fehl gegangen waren, eilte der schlechte Schütze auf einem kürzerem Fußweg, um abzukürzen und dem Gefährt vorauszukommen, weiter und legte sich an dem Straßengrand erneut in Schußbereitschaft. Von den nun beim Herannahen des Fuhrwerks abgegebenen Schüssen traf und verletzte einer das Pferd. Schreyäg lud rasch eine Patrone in den geleerten Revolver nach, schob und traf aber wieder nicht. Route fuhr im Trab weiter, der Angeklagte stülte erneut die Kammer seines Revolvers, verfolgte das Fuhrwerk und feuerte nochmals alle sechs Patronen nach demselben ab, glücklicherweise gingen alle Schüsse fehl. Da nun sein Patronenvorrat zu Ende war, warf er mit Schritten nach dem Fuhrmann, der von einem Wirt in den Räder getroffen wurde. Nachdem die Geschworenen die Frage nach versuchtem Mord verneint, diejenigen nach versuchtem Totschlag und versuchten Straßenraub unter Zustimmung mildernden Umstände bejaht hatten, wurde der Angeklagte zu 4 Jahren 6 Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt, von der Gefängnisstrafe wird ein Monat Untersuchungshaft abgezogen. Ferner wurde die Anzelegung des benutzten Revolvers verhängt.

Kunst und Wissenschaft.

Büdingen, 21. Jan. Prof. Dr. Paschen, der Vorstand des physikalischen Instituts, erhielt einen Ruf als Austauschprofessor nach Amerika an die Universität Ann Arbor (Michigan). Die Verhandlungen schweben noch.

Christiania, 23. Jan. Die Zeitung „Aftenposten“ meldet aus Alghenibai: Um der notleidenden deutschen Expedition zur Hilfe zu kommen, ist eine Hilfsexpedition nach Adventbai unter Führung des Geschäftsführers Jugrad Jensen abgegangen. Die Expedition, die aus 6 Mann und 13 Hunden besteht, führt einen Vorrat von Proviant und Kleidern für die Eingetroffenen mit sich. Sie beabsichtigt, bis zur Tronenburgbucht zu gelangen, wo das deutsche Expeditionsflottill liegt und möglicherweise die deutsche Besatzung nach der Adventbai zu bringen. Die Dauer der Expedition war auf 3 Wochen berechnet. Da jedoch infolge des starken Sturmes das Eis des Fjords aufgebrochen war, mußte die Hilfsexpedition umkehren, als sie sich mitten auf dem Fjord befand. Ein Teilnehmer brach ein, wurde aber gerettet. Da die Expedition nicht genügend Nahrungsmittel über die Berge der Sassenaba schaffen konnte, muß sie abwarten, bis das Fjord zugestrotzt ist. In der Zwischenzeit wird die Hilfsexpedition versuchen, eine Verstärkung von Hunden und Grünhofer zu erhalten.

Zu Kaisers Geburtstag.

(27. Januar.)

Ein brausend Hoch, Hurra! Hurra!
Geburtsstag hat der Kaiser ja;
Die Glocken läuten's festlich ein.
Das ganze Deutschland soll es sein,
Das heute seines Kaisers denkt,
Stark und getreu.

Solch mächtigen Beschützer fand
Der Frieden noch in keinem Land;
Es schirmt das Reich der Hohen-Nar,
Reiht Friedensjahr an Friedensjahr,
Mit unster Flotte und dem Heer
Vom Fuß der Alpen bis zum Meer
Hält er die Wacht.

Laßt drum aufs neue freu'n uns heut
Des Reiches Einheit, Herrlichkeit.
Hier liegt die Wurzel aller Kraft
Von All-Germaniens Völkerschaft.
Drum wünscht, daß dieser Kaiserstag
Für Deutschland wieder kommen mag
Noch viele Jahr'.

A. B.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Da in hiesiger Stadt gegenwärtig die Frage ventilirt, betreffend Gründung einer Schweinemästerei sei an dieser Stelle die in den Münchner Neuesten Nachrichten erschienene Notiz wiedergegeben, ohne daß wir beabsichtigen die Verhandlung hiebei zu erschweren.

Röding. (Auflösung der Genossenschaftsmästerei.) Eine hier stattgefundenen Versammlung der Mitglieder der im Jahre 1909 mit einem Kapital von 5000 Mark gegründeten Ersten bayerischen Genossenschaftsmästerei Röding hat einstimmig beschlossen, die Genossenschaft aufzulösen und die vorhandenen Schweinebestände und Futtermittel zu

verkaufen, da eine Rentabilität doch nicht zu erhoffen ist. Ein so rasches Ende hätte man der seinerzeit mit großen Erwartungen gegründeten Genossenschaft, die freilich unter mancherlei Mißgeschicken (Seuchen usw.) zu leiden hatte, nicht prophezeit.

Wildbad, den 27. Januar. Der Turnverein hielt am Samstag ein Rappenaud ab. Derselbe war in seiner Art einzig. Der Besuch von Seiten der Mitglieder war ein guter. Dank dem Vergnügungskomitee, das es verstanden hat den Abend zu einem recht gemüthlichen zu gestalten. Die Vorträge sowie die Lieder die zu Gehör gebracht wurden, waren von gutem Erfolg. Ebenfalls waren auch Masken dort vertreten welche zur Verschönerung des Festes beigetragen haben. Erwähnenswert seien auch die Clowns die durch ihre tollen Witze manchen Humor hervorbrachten. Auch war das auswärtige Mitglied Herr Kurz bei dieser Feier hier anwesend und hatte sich unter seinen Turnbrüdern gut amüsiert. Der Rappenaud hatte einen guten Verlauf gehabt, der Tanz wurde stark in Anspruch genommen, und man huldigte demselben bis zu frühen Morgenstunden. Der Saal des Gasth. zur „alten Linde“ war der Veranstaltung entsprechend, prächtig dekoriert.

Fußballverein Wildbad. Am Samstag hielt obgenannter Verein im Gasthaus zum „Babischen Hof“ seine jährliche Generalversammlung ab. Dem Verein traten in letzter Zeit 13 neue Mitglieder bei, derselbe zählt hiemit zur Zeit 73 Mitglieder und steht in voller Blüte. Als 1. Vorstand wurde der seitherige Vorsitzende Herr Löffler wieder gewählt. 2. Vorstand wurde gewählt Ehr. Schmid, Kassier Schildnecht, Schriftführer Schneider, Zeug- und Spielwart Sturm. Beisitzer wurden gewählt: Rau, Gutbus und Henne. Nach einzelnen internen Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Deutsch-Nationale Geflügel-Ausstellung in Chemnitz. Wiederum gelang es Herrn Karl Rometsch

von hier in der Geflügelstellung in Chemnitz 2 erste, einen 2. und 3. Preis auf dunkle Wyandottes zu erringen. **Kaiserbecherschießen.** Bei dem gestern stattgefundenen Kaiserbecherschießen gewann der jüngste Schütze Herr Fritz Kloss jr. den Kaiserbecher.

Letzte Nachrichten.

Böln, 25. Januar. Zur diplomatischen Lage meldet ein Berliner Telegramm der „Kölnischen Ztg.“, daß die Großmächte sich vorläufig abwarten gegenüber den Konstantinopeler Ereignissen verhalten, um der neuen Regierung eine Frist zu Beantwortung der gemeinsamen Note zu geben. Auch die Balkanregierungen beobachten dieselbe Haltung. Zu den französischen Meldungen über eine Flottenumgebung der Großmächte schreibt das offiziöse Blatt, daß solche Ankündigungen sich kaum in Uebereinstimmung mit den Absichten der französischen Regierung befinden, die Sondervergehen vermeiden will. Die Flottenumgebung würde als einmütiges europäisches Vorgehen nicht durchzugehen sein.

Die Patienten finden im Kaffee Hag, dem coffeinfreien Bohnenkaffee, den gleichen Geschmack des Kaffees, ohne eine Erregung des Herzens zu verspüren.

Scheimrat Erzelenz v. Leyden.
(Vortrag „Herzenerose u. deren Behandlung“.)

Druck und Verlag der Bernf. Johannsen Buchdruckerei in Wildbad. — Verantwortlich: G. Reinhardt daselbst.

Bekanntmachung.

Die Rechnungen der Stadtpflege, der städt. Bergbahnverwaltung, der Ortsarmenpflege und der ev. Schullasse für das Rechnungsjahr von 1. April 1911 bis 31. März 1912 sind vom Dienstag den 28. Jan. d. Jahres an je eine Woche zur öffentlichen Einsicht auf dem Rathhause aufgelegt.

Wildbad, den 25. Januar. 1913.

Stadtschultheißenamt
Räuber.

II. Preuss. Südd. Kl.-Lotterie

Ziehung II. Klasse
am 14. und 15. Februar 1913.

Erneuerungslose:

1/4	1/4	1/4	1/2 Los
5.—	10.—	20.—	40.—
Kauflose:			
1/4	1/4	1/2	1/2 Los
10.—	20.—	40.—	80.—

Die amtlichen Ziehungslisten 1. Klasse sind soeben eingetroffen und können unentgeltlich eingesehen werden.

Sie sind verkäuflich a Stück 10 Pfennig.

Wildbad, Der Rgl. Lotterie-Einnehmer
Fritz Rath.
Telefon Nr. 4

Halbleinen, Rein-Leinen Gebildwaren

alle Breiten alle Preislagen
nur beste Fabrikate

biete trotz dem hohen Stand der Leinengarne zu diesjährigen Preisen weiter an, da ich mich durch große Abschlässe rechtzeitig gedeckt habe.

Das Einweben von Namen geschieht bei einer Abnahme von 10 Duzend kostenlos für

Servietten, Handtücher, Tischtücher

Fertige Bettwäsche und Aufertigung von Bettwäsche in jeder Preislage mit Appellationen, Hohlbaum, Feston, Durchdrücken und Klappereinsätzen in eleganter tadelloser Ausführung.

Uebernahme kompletter Ausstattungen.

Ph. Bosch, Wildbad.

Einzug von Geschäfts- Ausständen

und
sonst. Forderungen

— jeder Art —

auch zweifelhafter

Ermittelung des Aufenthalts entwichener Schuldner.

bewirkt allerorts, erfolgreich, rasch und billig

Wilh. Merkle,

Rechtsagentur und Inkassobüro
Wildbad.

Tel. 97 Tel. 97

König-Karlstrasse

Villa De Ponte.



Arbeiter-
verein

Heute Abend 8 Uhr

Ausführung

im Gasthaus z. wilden Mann
Zahlreiches Erscheinen erwünscht

Der Vorstand.



Lieder-
kranz
Wildbad.

Heute abend Zusammenkunft im Gasthaus zum Adler.

Kaisergeburtstagfeier.

Der Vorstand.

Nehme von heute bis 1. Februar sämml. Arten Korbwaren zur

Reparatur

an, bei billigster Berechnung ganz egal, ob solche bei mir gekauft sind oder nicht und können solche nach Bekanntmachung im Fr. Schwarzwälder wieder abgeholt werden
Hochachtungsvoll
Robert Treiber.

Delikates

Ranchfleisch

(Ripplr)

— sehr zart und mild —
empfiehlt

J. Honold,

Rgl. Vorkieferant.

Telefon 45

Erbsen und Linsen

sowie echte Frankfurter-Bratwurst

Großmanns
Delikatessengeschäft.

In der gegenwärtigen Zeit empfehle als ganz besonders geeignet wasserdichte

Loden- Pelzerinnen

für Damen in größter Auswahl.

Preislagen: Mk. 12,50, 15, 19 etc.

Helene Schanz,
Damen n. Kinderkonfektion
König-Karlstrasse.

Strick-Garn

garantiert reine Schafswolle, braun und grau etc. empfiehlt

Barth,

Calmbach, Calwerstr. 235

Demestica

Griechischer Rotwein, vorzüglicher, kräftigender und wohlbedümmlicher Tischwein, per Flasche 80 Pf. ohne Glas

unter Garantie für Natur-Reinheit empfiehlt

J. Honold,
Rgl. Vork.

König-Karlstr. 81.

Die Oberamts-Sparkasse Neuenbürg

— gegründet 1853 — mündelsicher —

nimmt

Spareinlagen

von allen Bezirksangehörigen entgegen.

Zinssfuß 4 Prozent.

Halbmonatliche Verzinsung.
Kostenlose Ueberweisung von und nach anderen deutschen Sparkassen ohne Zinsunterbrechung.
Kostenfreie Vermittlung von Einlagen und Rückzahlungen durch Herrn Stadtkleiner Gutbus in Wildbad.
Postsparkonto Stuttgart Nr. 1604. Fernsprecher Nr. 34.
Girokonto bei der Württ. Notenbank in Stuttgart.

„... Rosföninnub Wolzloffun
Konn fönub gyncinoyu Fönifub
nonoyu nifft Icinoyud gyncioy
Im nonifftun Fönifunungloffun
nonifftun.“

Über 34,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!

Große Stuttgarter

Geld-Lotterie.

Hauptgewinn 40 000 Mk. Lose St. 2 Mk.
zu haben bei

C. W. Bött.

Neue

Linsen, Erbsen, Bohnen, getr. Schneidebohnen, Zwickel, Aprikosen, Dampfpfäfel sowie Ia. süße Californische

Pflaumen und Birnen

ab freier Sendung empfiehlt billig
Drogerie Hans Grundner Nachfg.
Hermann Erdmann.



Mitter's
Hüftenformer
„Elegance“
Neuheit!!

Der Hüftenformer „Elegance“ mit seinen Geradenfrontschnitt bewirkt, daß der Unterleib gestützt, der Fettsack verdrängt und eine schlanke Erscheinung erzielt wird. „Elegance“ besitzt straffe Gummieinsätze, die durch die Atmung und Bewegungen wie eine fortbauernde Massage auf Unterleib und Hüften wirken. „Elegance“ nach dem Wochenbett getragen, bringt den Unterleib in seine ursprüngliche Lage zurück.

Anna Bauer

Corsetten- und Sanitäts-Spezialgeschäft
Hauptstraße 91. Hauptstraße 91.

Flaschenbier

Vorzügliches Flaschenbier, hell und dunkel in großen und kleinen Flaschen, direkt vom Lagertank in Flaschen abgezogen empfiehlt

Bezel, Rennbachbrauerei.

